

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
(16. - öffentliche - Sitzung am 16. August 2018)

Beratungsthemen:

1. **Von Gewalt betroffene Frauen nicht vor verschlossener Tür stehen lassen - Frauenhäuser stärken, Rechtsanspruch schaffen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/829](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
- Landesfrauenrat Niedersachsen e. V.
- Landeskonzferenz Niedersächsischer Hochschulfrauenbeauftragter, LNHF-Geschäftsstelle, c/o Gleichstellungsbüro der Hochschule Hannover
- LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.
- Männerbüro Hannover e. V.
- Geschäftsführung der LAG kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros Niedersachsen
- Verband der Niedersächsischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt, c/o Violetta – Verein gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und jungen Frauen e. V.
- Gleichberechtigung und Vernetzung e. V.
- LAG Autonome Frauenhäuser Niedersachsen, c/o Frauenhaus Hameln
- Frauenhauskoordinierung e. V.
- Lawaetz-wohnen&leben gGmbH
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.
- Niedersächsische Operation Partnerschaft

2. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Regelung von Schutz und Hilfe für Frauen und ihre minderjährigen Kinder vor Gewalt im sozialen Nahraum (Niedersächsisches Frauenschutzgesetz - Nds. FrauSchG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1078](#)

hier: Erörterung von Verfahrensfragen

Der Ausschuss kam überein, den Gesetzentwurf gemeinsam mit dem Antrag unter TOP 1 zu beraten.

3. **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur akuten Personalnot in der Pflege**

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung über die akute Personalnot in Niedersachsen im ambulanten und stationären Bereich, über den aktuellen Stand der Gesetzgebung auf Bundesebene im Pflegebereich, insbesondere hinsichtlich der generalistischen Ausbildung und der geplanten Einstellung von bis zu 13 000 zusätzlichen Pflegekräften, sowie über die geplante Umsetzung in Niedersachsen und die Zeitplanung für den vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung für den 21. September 2018 einberufenen Arbeitskreis. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sagte zu, diese Unterrichtung nach Vorlage der für September 2018 angekündigten Verordnung des Bundes durchzuführen.

4. **Investitionsprogramm 2018 für Krankenhausbaumaßnahmen**

Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/1372](#)

Der Ausschuss nahm das Investitionsprogramm 2018 für Krankenhausbaumaßnahmen zustimmend zur Kenntnis.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

5. **Beschlussfassung über den Termin für eine parlamentarische Informationsreise**

Der Ausschuss beschloss, in dem Zeitraum vom 27. Mai bis 1. Juni 2019 eine Informationsreise nach Island und Estland durchzuführen. Er beauftragte die Landtagsverwaltung, die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen, und kündigte an, auch Vertretern der Presse die Möglichkeit zur Teilnahme an der Reise zu geben.

6. **Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2019 im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

Der Ausschuss legte den folgenden Zeitplan für die Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2019 fest:

- 20.09.2018 vormittags: Vorstellung des Einzelplans 05 durch die Ministerin und allgemeine Aussprache
- 20.09.2018: nachmittags: Vorstellung relevanter Kapitel des Einzelplans 06 durch die Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft und Kultur
- 27.09.2018 vormittags: Beginn der Einzelberatung der Einzelpläne 05 und 20
- 27.09.2018 nachmittags: Fortsetzung der Einzelberatung der Einzelpläne 05 und 20, soweit möglich Abschluss der Beratung
- 18.10.2018: soweit erforderlich Fortsetzung der Einzelberatung der Einzelpläne 05 und 20

Der Ausschuss bat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, zur Vorbereitung seiner Beratungen, wie in der Vergangenheit praktiziert, möglichst frühzeitig eine schriftliche Info-Mappe zur Verfügung zu stellen.

Ferner bat der Ausschuss jeweils um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu den frauenpolitischen und migrationsrelevanten Maßnahmen in dem üblichen Verfahren.